

DIE LINKE.

in Friedberg

Endlich bezahlbaren Wohnraum schaffen!

DIE LINKE fordert, dass die Verzögerungstaktik beim Wohnungsbau aufgegeben wird: Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum in Friedberg und nicht noch mehr teure Eigentumswohnungen!

In Friedberg warten über 400 Haushalte dringend auf eine bezahlbare Wohnung. Gebaut werden aber meist teure Eigentumswohnungen. Diese können GeringverdienerInnen nicht bezahlen. Sozialwohnungen werden kaum gebaut. Stattdessen sind allein im Jahr 2016 über 100 Sozialwohnungen aus der Preisbindung herausgefallen und können nun

beliebig teuer vermietet werden. Die Stadt muss endlich handeln! Und Sie hat die Möglichkeit dazu. In Kürze wird der letzte Bauabschnitt am Steinernen Kreuz vermarktet. Es gibt interessierte Träger die dort Sozialwohnungen bauen wollen, z. B. der Friedberger Bauverein Eigener Herd. Die Stadt könnte dies fördern. Doch es passiert: Nichts!



Auch auf dem Kasernengelände könnte gebaut werden! Die Stadt plant dort einen Teil des Geländes vorzeitig vom Bund zu kaufen, damit ein Gründerzentrum errichtet werden kann. Wir sind der Meinung, wenn so etwas geht, um Wirtschaftsinteressen zu bedienen, dann sollte es auch für Sozialwohnungen möglich sein. Wenn Sozialwohnungen errichtet werden, gibt der Bund Grundstücke sogar billiger ab. Das ist die sogenannte Verbilligungsklausel. Auch hier passiert: Nichts! Im Haushalt für 2018 wurden 200.000 Euro für den Wohnungsbau eingestellt. Unter Nutzung von Förderprogrammen des Landes und des Bundes ließen sich mit diesem kleinen Betrag zumindest ein paar Wohneinheiten errichten. Welche Vorschläge macht die Verwaltung? Keine! Und Anträge der Linken aus dem Jahr 2017 zum Wohnungsbau „parken“ immer noch in den Ausschüssen.

Kein Sozialpass für Friedberg?

Die Fraktion DIE LINKE. im Stadtparlament Friedberg beantragte letzten Herbst einen Sozialpass. Er soll Geringverdienenden eine Ermäßigung um mindestens 50% in den Bereichen ÖPNV, Kultur, Sport, Bildung und Freizeit ermöglichen.

Menschen mit geringem Einkommen fällt es schwer, am öffentlichen Leben teilzunehmen. Alles kostet Geld. Ein Sozialpass kann dieses Problem abmildern.

Der Antrag wurde im Sozialausschuss behandelt. Der Ausschuss informierte sich über den Sozialpass in anderen Städten vergleichbarer Größe. Dabei wurde auch berichtet, dass der Verwaltungsaufwand für diese Leistung eher gering ist. Doch anschließend lehnte der Ausschuss die Idee eines Sozialpasses ab, weil dieser zu viel Verwaltungsaufwand verursache (!).

Stattdessen legte der Ausschuss fest, dass der Ausweis der Friedberger Tafel nun für eine Ermäßigung bei Friedberger Einrichtungen anerkannt wird. Das ist ein Schildbürgerstreich.

Der Ausweis der Tafel wird so zu einem halboffiziellen Dokument. Normalerweise würde man in so einem Fall erwarten, daß die Tafel gefragt wird, ob ihr diese Aufwertung recht ist. Dies ist aber nicht geschehen, wie eine Nachfrage ergab. Die Tafel wurde nicht kontaktiert. Die Stadt Friedberg soll sich also einen schlanken Fuß auf Kosten der Ehrenamtlichen von der Tafel machen. Das ist der Wille der anderen Fraktionen.

Da wir das nicht wollen, haben wir den Antrag zurückgezogen. Im Herbst wollen wir erneut einen Sozialpass beantragen.

Zu bedenken ist auch, dass nicht jedeR abgelaufene Lebensmittel essen möchte. Die Menschen die nicht zur Tafel gehen, werden damit benachteiligt.

Verbunden mit dem Antrag war auch die Idee, ein Budget für Bildungs- und Kulturangebote einzuführen. Damit soll es z.B. möglich sein daß auch Kinder von armen Eltern an der Musikschule ein Instrument erlernen können. Die Stadt würde die Hälfte der Lehrgebühren für diese Kinder übernehmen. Das wurde mit Verweis auf das Bildungs- und Teilhabepaket abgelehnt.

Das ist traurig, weil es an der Realität vorbei geht: Die Bildungsgutscheine ersetzen max. 10 Euro im Monat. Das reicht nicht bei ca. 40 Euro Kosten. Dazu sollte man wissen, dass im ALG 2 Regelsatz weniger als 1 Euro im Monat für Bildung vorgesehen ist. Arme Kinder sollen also nach dem Willen der anderen Fraktionen kein Instrument lernen. Wieder einmal zeigt sich, dass das Thema Armutsbekämpfung in Friedberg ein ungeliebtes Thema ist.

Es stößt bei den anderen Fraktionen auf großes Unverständnis, dass auch Menschen mit geringem Einkommen teilhaben sollen.